

Ein Apell aus Vorpommern –

Offener Brief an Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit

Vor der Landtagswahl in Mecklenburg Vorpommern interessiert sich die Öffentlichkeit wieder verstärkt für die Hochburgen der NPD im Ostteil des Landes. Für uns – Vertreter und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft in der Region – ist das ein viel zu verkürzter Blick: Die NPD ist eher ein Symptom denn unserer eigentliches Problem. Wir erleben eine prekäre, instabile und z. T. nie entwickelte demokratische Situation, die Rechtsextremisten und Rechtspopulisten für sich nutzen wollen. Der demographische Wandel entzieht der Region zusätzlich ihre Zukunftsfähigkeit. Gleichzeitig wissen wir, dass viele Menschen vor Ort sich dem rechten Trend entgegenstellen wollen, sich aber von den demokratischen Angeboten nicht angesprochen fühlen. Nicht die Demokratie an sich wird mehrheitlich abgelehnt sondern die real existierende Demokratie wird mit Enttäuschung verbunden.

Vor diesem Hintergrund wurden vor Ort konkrete Maßnahmen diskutiert, die der Stärkung der Demokratie und damit dem Kampf gegen Rechtsaußen dienen. Wir wissen natürlich, dass es viele Menschen gibt, die schon jetzt aktiv sind und dass auch Förderungen in die Region fließen. Uns geht es nicht darum, dass eine gegen das andere auszuspielen, sondern zu formulieren, was die Region aus unserer Sicht zusätzlich dringend braucht:

1. Aufsuchendes Interventionsteam bei rechtsextremen Vorfällen/ Verankerungen

Die geförderten Landesprojekte arbeiten zumeist nachfrageorientiert. Das geht an der Kultur der Menschen hier weitgehend vorbei. Vor allem bei rechtsextremen Vorfällen und kommunalen Verankerungen spielen Angst und Gewöhnung eine große Rolle. Beides motiviert nicht zum Griff zum Telefon, um Angebote einzufordern. Aus der internationalen Konfliktpraxis kennen wir aufsuchende Angebote, die mit der nötigen Sensibilität in solchen Orten arbeiten, ohne diese zu bevormunden und deren Potentiale zur Selbstregulierung wecken können. Wir brauchen eine Übertragung solcher Ansätze in die Region.

2. Aufsuchende Demokratietarbeit

Eng damit verbunden und für den Alltag geeignet sind aufsuchende Angebote der politischen Bildung. Filmvorführungen sind nett. Wichtiger ist es in die Dörfer zu gehen, den Menschen dort zuzuhören, deren Ideen zu erfahren und diese dann mit ihnen zusammen umzusetzen. Das würde Vertrauen schaffen und so die brach liegenden Potentiale der Demokratie wecken.

3. Ohne sichere Regelstrukturen ist alles nichts.

Wir brauchen keine neuen Modellprojekte sondern gesicherte Regelstrukturen. Was nützen Schulprojekte ohne Schulen? Dies betrifft eine Sicherheit über Grundstrukturen des alltäglichen Lebens. Nicht alles kann der Staat sicherstellen. Das wissen wir. Aber eine Grundversorgung in

Sicherheit, Bildung und behördlicher Infrastruktur muss gesichert werden oder wir brauchen eine neue Ehrlichkeit: Wenn ihr die Region aufgegeben habt, dann sagt das wenigstens offen und haltet uns nicht im Ungefähren. Projekte sind nur ein Tropfen auf dem heißen Stein, wenn eine Region kippt oder gar stirbt.

4. Die reine „Nazi-raus“ Politik geht an unserer Wirklichkeit längst vorbei.

Viele Maßnahmen der Landespolitik sowie überregionaler zivilgesellschaftlicher Träger setzen auf reine „Nazi-raus“ Methoden. Das geht an unserer Wirklichkeit längst vorbei. Ein Beispiel: Würden wir wirklich alle „rechten“ Kameraden aus den freiwilligen Feuerwehren ernsthaft ausschließen, müssten wir wohl zukünftig im Falle eines Brandes auf die Berliner Berufsfeuerwehr vertrauen. Unser Ansatz ist anders: Wir wollen solche Institutionen vor Ort erhalten und sie nutzen, um über das Gespräch und die Zusammenarbeit zur Deradikalisierung rechtsextrem orientierter Menschen beizutragen.

5. Rechtsextreme Verankerung in den Dörfern führt uns an Grenzen.

Oft beschrieben aber weitestgehend ungelöst ist das Problem der fortschreitenden kommunalen Verankerung der Rechtsextremisten in kleinen Dörfern. An einigen Stellen gehen uns die Ideen aus. Hier wünschen wir uns Hilfestellung aus der überregionalen, gerne auch internationalen zivilgesellschaftlichen Praxis und Wissenschaft. Entwickelt mit uns neue Ideen.

6. Ein Aufruf an Politik und Verwaltung: Diskutiert mit uns vor Ort.

Viele unserer regionalen Themen sind auch Landes- und Bundesthemen. Habt den Mut und diskutiert sie mit den Menschen vor Ort in einer Sprache, die verständlich ist. Euch erwartet hier viel Frust und Wut. Das lässt sich nicht leugnen. Aber dahinter verbirgt sich auch Energie für Veränderung und Zusammenarbeit. Wir laden dazu ein.

Die rechtsextreme Verankerung und die Entfremdung von der real existierenden Demokratie schreiten still und kontinuierlich voran. Eine „NPD“ ist dafür gar nicht mehr nötig. Wir wollen die Region nicht den Rechten überlassen und ihre Zukunft positiv mitgestalten. In diesem Sinne ist dieser offene Brief ein Hilferuf aus einem Teil der engagierten Zivilgesellschaft vor Ort für eine menschenfreundliche Heimat.

Für Nachfragen (Kontakt)

Prof. Dr. Dierk Borstel: Tel. 0177 6778939, dierk.borstel@fh-dortmund.de

Günther Hoffmann: Tel. 0170 8136339, stadtbruch@gmail.com.

Unterzeichnet von:

Prof. Dr. Dierk Borstel, Dortmund

Günther Hoffmann, Bugewitz-Gut

Fine Kwiatkowski, Viereck

Willehad Grafenhorst, Viereck

Jörg Raddatz, Stralsund

Theresa Adenstedt, Bugewitz

Anne Wolf, Greifswald

Ulrich Höckner, Bargischo

Gregor Kochan, Greifswald

Michael Steiger, Greifswald